



## Aufbruch gelingt nur gemeinsam

### > Ein Jahr rot-rot-grün in Berlin

Vor einem Jahr ging mit Rot-Rot-Grün erstmals eine Dreierkoalition in Berlin an den Start. Gemeinsam haben wir uns viel vorgenommen: Berlin wieder zum Funktionieren bringen, Krankenhäuser, Schulen und Kitas bauen und sanieren, den steigenden Mieten entgegenwirken, Armut und soziale Spaltung bekämpfen, eine ökologische Energie- und Verkehrswende einleiten und all das mit den Menschen gemeinsam angehen.

Vieles wurde bereits auf den Weg gebracht. Der Mietanstieg in städtischen Wohnungen wurde halbiert, der Preis für das Sozialticket gesenkt, Mindestlöhne erhöht, Geflüchtete besser untergebracht, das kommunale Stadtwerk gestärkt.

Dennoch vermochte es Rot-Rot-Grün bisher kaum, wirklich Aufbruchstimmung zu vermitteln. Zu selten noch gelang es, ressortübergreifend zusammen, statt neben oder gar gegeneinander zu arbeiten. Doch das beginnt sich zu ändern. Ironischerweise war es ausgerechnet die Auseinandersetzung um den Flughafen Tegel, in der die Koalition enger zusammenrückte und sich der konservativen Opposition gemeinsam entgegenstellte.

Spürbar ist das nun auch beim Thema Schulneubau, bei dem Senat und Bezirke gemeinsam Lösungen entwickeln. Ebenso bei der deutlichen Anhebung der Mietzuschüsse für Transfergeldbeziehende, die Sozial- und Finanzverwaltung zusammen erarbeiteten. Mit dem

### Schwerpunktthema

- > **Miethai**  
... weiter auf Seite 3
- > **Liebich-Blog**  
... weiter auf Seite 4
- > **Mehr Miete bei Hartz IV**  
... weiter auf Seite 5
- > **Kinderarmut**  
... weiter auf Seite 6

Haushalt 2018/19 legen wir nun die Grundlage für eine riesige Investitions-offensive. Damit daraus ein Aufbruch wird, gilt es nun Taten folgen zu lassen. Ein Anfang ist gemacht.



**Udo Wolf**  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Abgeord-  
netenhaus

> **Obdachlos**

Die bessere Unterbringung obdachloser Frauen mit und ohne Kinder ist Gegenstand eines Antrages von LINKEN, SPD und Grünen. »Weniger als hundert Notbetten gibt es derzeit in Berlin für obdachlose und von Gewalt betroffene Frauen. In Pankow ist nur eine einzige vertragsfreie Einrichtung auf die Unterbringung von Frauen und ihren Kindern spezialisiert. Es besteht dringender Handlungsbedarf«, betont Tina Pfaff (DIE LINKE). Die BVV beschloss den Antrag mit großer Mehrheit.

> **Mehrsprachig**

Ein mehrsprachiges Wegeleitsystem für das Bezirksamt an der Fröbelstraße fordern LINKE, Grüne und SPD. Besucher\*innen des unübersichtlichen Geländes müssen bei der Suche nach ihren Zielen unterstützt werden. Nun stehen Sanierungsarbeiten einschließlich temporärer Umzüge von Servicebüros bevor. Auch Pankower\*innen mit Migrationshintergrund müssen sich bei Behörden-gängen zurechtfinden können.

> **Steinig**

Das »Naturdenkmal Großer Stein« mit dem ca. 1,4 Mio. Jahre alten Granitfindling in Französisch Buchholz wurde bei Bauarbeiten der Wasserbetriebe stark beschädigt. In einem Antrag fordert die Linksfraktion die Beseitigung der Schäden und eine langfristige Gestaltung des Naturdenkmals. Dabei soll der Bürgerverein Französisch Buchholz e.V. einbezogen werden. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Umwelt und Natur überwiesen.

**Einladung BVV-Sitzung**

am **29. November 2017**

> **11. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal, in der Fröbelstraße 17

# Stürmisch

> **Aus der 10. Tagung der BVV vom 18. Oktober**

Traditionsgemäß begann die 10. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow mit der Bürger\*innen-Fragestunde. Themen waren die Umgestaltung der Pappelallee und die Ersatz-

hoch her in der BVV, als LINKE und Grüne die sozialverträgliche Durchführung eines weiteren Modernisierungsvorhabens der Deutschen Wohnen in Weißensee forderten.



Sturmschaden in Pankow

pflanzungen für gefälltte Bäume sowie eine Ampelschaltung auf der Danziger Straße.

Anschließend berichtete Stadtrat Vollrad Kuhn (GRÜNE) über den aktuellen Stand in Bezug auf die Beseitigung von Sturmschäden. Diese wird auch in Pankow noch viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Schadenserhebung für 100.000 Bäume im Bezirk steht noch am Anfang. Bisher werden Gefahrenstellen beseitigt und geschädigte Straßenbäume gepflegt.

Im Bereich der Stadtentwicklung berichtete Kuhn insbesondere über die Modernisierungsvorhaben der Deutsche Wohnen in der Grellstraße, zum Werkstattverfahren Michelangelostraße und über die Entwicklung eines städtebaulichen Leitbildes für das Projekt »Pankower Tor«.

Im Tagungsverlauf beschloss die BVV neue Erhaltungssatzungen für die Bötzowstraße, das Komponistenviertel, den Humannplatz, die Langhansstraße und für Pankow-Süd. Zudem ging es

Auch der Schulplatzmangel in Pankow war Thema in der BVV. Neben der vom Bezirk geplanten Neugründung von Grundschulen muss dem Mangel auch durch die Gründung von Gemeinschaftsschulen entgegengewirkt werden. Dies fordert die Linksfraktion in einem Antrag. Denn das Schulplatzproblem wird derzeit nur auf die Folgejahre verschoben, wenn nämlich die Schüler\*innen von Grund- auf weiterführende Schulen wechseln. »Gemeinschaftsschulen bedeuten eine langfristige Lösung und bieten zusätzlich positive Effekte in Bezug auf Inklusion, Lernmotivation und Binnendifferenzierung«, so Jaana Stillner, Schul-, Sport- und Gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Vertreter\*innen von CDU und AfD stellten dies grundsätzlich in Frage –

der Beschluss erfolgte trotzdem mit großer Mehrheit.

**Matthias Zarbock**

Vorsitzender der Linksfraktion



# Deutsche Wohnen schockt Mieter\*innen

➤ **Bezirk fordert sozialverträgliche Modernisierung in Weißensee**

Ohne ausführliche Vorinformationen hat die Deutsche Wohnen den Mieter\*innen in der Wohnanlage Schönstraße – Große Seestraße – Parkstraße – Blechenstraße umfangreiche, teils umstrittene Sanierungsmaßnahmen

meinschaft haben wir diese Initiative in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) getragen. In der Debatte zeigte die CDU einmal mehr ihren Unwillen, sich auf der Seite der Mieter\*innen zu positionieren. Deren Fraktionschef



Wohnanlage Schönstraße-Große Seestraße-Parkstraße-Blechenstraße

angekündigt. Zahlen dafür sollen die Mieter\*innen. Obwohl die Anlage nicht in einem Erhaltungsgebiet liegt, ist ein solcher Umgang mit Mieter\*innen nicht hinnehmbar.

Um eine Verdrängung der Bewohner\*innen zu verhindern, hat unsere Linksfraktion mit den Grünen eine Initiative gestartet, damit Deutsche Wohnen und Bezirksamt eine Vereinbarung treffen. Die Deutsche Wohnen soll zusichern, dass die Bewohner\*innen in ihrer Wohnung oder im angestammten Wohnumfeld verbleiben können. Dies soll u.a. durch Einhaltung des Mietspiegelwertes nach der Modernisierung, die Erfüllung der Wohnkostenrichtlinien für Empfänger\*innen von SGB II und SGB XII (AV Wohnen) und durch Härtefallregelungen erreicht werden. Die Mieter\*innen mit geringen Haushaltseinkommen dieser ehemals kommunalen Wohnanlage haben Anspruch auf Unterstützung durch das Bezirksamt Pankow für eine sozialverträgliche Durchführung der Modernisierungsmaßnahmen. Als rot-rot-grüne Zählge-

befürchtete gar, eine Beschränkung der Modernisierung auf einen normalen Standard könne dazu führen, dass nicht ausreichend Steckdosen installiert würden. Die CDU gibt sich in ihrem Auftreten im Interesse von Wohnungsunternehmen der Lächerlichkeit preis.

Der zuständige grüne Stadtrat kündigte an, unserem Anliegen Rechnung tragen zu wollen. Gespräche mit der Deutschen Wohnen zu weiteren Vorhaben im Bezirk seien bereits geplant. Man sei vorsichtig optimistisch, auch Anlagen, die eigentlich keinen besonderen Schutz genießen, im Gesamtpaket verhandeln zu können.

Ob die Deutsche Wohnen eine vertrauenswürdige Partnerin ist, wird sich erst noch zeigen müssen. Ihr „Modellprojekt“ in der Grellstraße läuft augenscheinlich nicht so reibungslos, wie sie es sich „erhofft“ hatte. Auch hier wehren sich Mieter\*innen gegen die Modernisierung.



**Fred Bordfeld**  
Bezirksverordneter

# Gegen Verdrängung

➤ **Pankow beschließt neue Erhaltungsgebiete**

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow beschloss die Erweiterung und Neuausweisung von Erhaltungsgebieten mit den Stimmen der LINKEN, SPD und Grünen. An der Bötzowstraße, am Humannplatz, im Komponistenviertel, an der Langhans-



Langhansstraße

straße und in Pankow-Süd soll mit diesem Mittel des Baugesetzbuches dem Aufwertungsdruck und der Gefahr der Verdrängung der Anwohner\*innen begegnet werden.

Dazu erklärt der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Linksfraktion in der BVV Pankow, Fred Bordfeld: »Die Erweiterung der Erhaltungsgebiete trägt einer Entwicklung Rechnung, die zeigt, dass in Pankow Verdrängung nicht nur in den sogenannten Szenevierteln stattfindet, sondern sich in der Breite zu einem allgemeinen Problem auswächst. Mit strikten Kriterien für die Genehmigungspraxis und der konsequenten Nutzung des bezirklichen Vorkaufsrechts können wir uns Eigentümern entgegenstellen, die ihrer Verpflichtung für ein gemeinsames Miteinander nicht gerecht werden.«

Redner aus AfD und CDU lehnten dieses Maßnahmenpaket ab. Sie stehen ganz offen auf der Seite derjenigen, die von der Verschärfung des Mietmarktes profitieren.

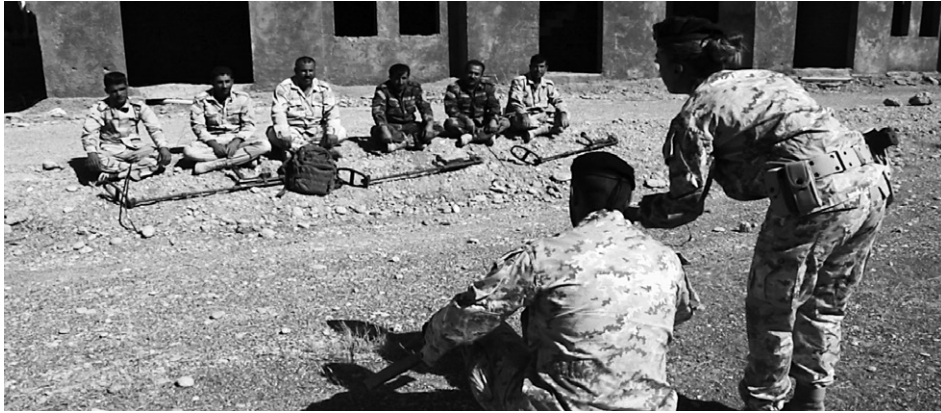
**Matthias Zarbock**  
Vorsitzender der Linksfraktion

# Schwierige Autonomie

## > *Kurd\*innen wollen eigenen Staat in Nahost*

Nach Jahren der Schreckensherrschaft des Islamischen Staates (IS) haben es kurdische Kämpfer\*innen geschafft,

bestand u.a. darin, dass nicht nur über jene kurdischen Gebiete abgestimmt wurde, die in den anerkannten Grenzen



italienische Ausbilder machen in Erbil kurdische Kämpfer mit europäischen Waffen vertraut.

Foto: Lisa Soy

den Nordirak und Teile des vom IS in Syrien kontrollierten Gebiets zu befreien. 30 Millionen Menschen leben in der Region, die Kurd\*innen sind damit das größte Volk ohne Staat weltweit.

Ende September haben sie sich in einem Referendum 90 Prozent für eine Unabhängigkeit entschieden. Der türkische Präsident Erdogan drohte daraufhin mit einem Einmarsch und die Bundesregierung setzte kurzzeitig ihre Ausbildungsmission für kurdische Kämpfer\*innen im Nordirak aus. Die Crux beim Referendum

von 2005 liegen, sondern auch über die im Kampf gegen den IS gewonnenen Gebiete in Syrien. Kurdenpräsident Barzani hatte alles auf eine Karte gesetzt, gewonnen hat er zunächst nichts. Dabei ist das Anliegen der Kurd\*innen, nach Jahrzehnten der Unterdrückung unter Saddam Hussein und nach opferreichen Kämpfen gegen den IS, einen eigenen Staat zu haben, nachvollziehbar.

Doch so kritikwürdig die willkürliche Grenzziehung von 1916 durch die damaligen Kolonialmächte ist, so erscheint

## Wahlkreisbüro

### Stefan Liebich

Breite Straße 11 A

13187 Berlin-Pankow

stefan.liebich@bundestag.de

Tel.: 030.499 87 408



derzeit eine Neuverschiebung dieser Grenzen angesichts der zahlreichen Konflikte im Nahen Osten als keine sinnvolle Lösung.

Einseitige Separationsbestrebungen sind aus linker Sicht abzulehnen, stehen sie doch im Widerspruch zum Internationalismus, der die linke Außenpolitik kennzeichnen sollte. Es gilt im Fall der Kurd\*innen, wie auch bei anderen Autonomiebestrebungen: Die Lösung heißt Reden. Nur mit Gesprächen ist eine friedliche Konfliktlösung möglich.

**Stefan Liebich**

Mitglied des Bundestages

## Kurz aus dem Kiez

### > *Forever young*

Am 20. Oktober haben Sozialsenatorin Elke Breitenbach und der Brandenburgische Bundestagsabgeordnete Thomas Nord sich getraut, sich trauen zu lassen.



Genügend Zeit zum Überlegen hatten die beiden LINKEN-Politiker. Seit gut zwei Jahrzehnten sind die beiden ein Paar. Geheiratet wurde im Rathaus Pankow. Bei der Trauung dabei war auch unser Pankower Bürgermeister Sören Benn (LINKE), der eigens für diesen Anlass die Amtskette aus dem Museum holen ließ. Wir wünschen den beiden ganz viel Gesundheit, Glück und natürlich auch in der Politik ein glückliches Händchen.

### > *Steuertner ist frei*

Peter Steudtner, Menschenrechtsaktivist und Mitglied der Gethsemane-

Gemeinde, wurde Ende Oktober nach fast vier Monaten aus türkischer U-Haft entlassen. Wir freuen uns für Peter Steudtner und seine Familie. Und erinnern daran, dass Deniz Yücel, Mesale Tolu und andere Menschen noch in türkischer Haft sitzen.

### > *Volkssolidarität*

Nach dem Umzug aus Lichtenberg ist die Volkssolidarität nach Prenzlauer Berg gezogen. Wir heißen die Volkssolidarität an ihrem neuen Standort in der Storkower Straße herzlich willkommen!

# Mietzuschüsse bei Hartz IV steigen

➤ **Sozialsenatorin Breitenbach sorgt für neue AV Wohnen**

Ab 1. Januar 2018 steigen die Mietzuschüsse, die vom Jobcenter bzw. vom Sozialamt übernommen werden müssen. Das hat Sozialsenatorin Elke Breitenbach (LINKE) angekündigt.

Geregelt sind die Mietzuschüsse in der Ausführungsvorschrift Wohnen (AV-Wohnen). Die Leistungen für Unterkunft und Heizung steigen je nach Haushaltsgröße um sieben bis 17 Prozent. In die Berechnung der Richtwerte werden auch mittlere Wohnlagen sowie die kleinen und teuren Wohnungen unter 40 qm einbezogen, um Verdrängung zu vermeiden.

Die Wohnflächen für Alleinerziehende mit einem Kind und für Haushalte ab drei Personen werden angehoben. Neu ist auch der Umzugsvermeidungszuschlag. Liegt die Miete über dem Richtwert, gibt es einen Zuschlag von zehn Prozent,

damit Menschen in ihrem bisherigen Wohnumfeld verbleiben können.

Zudem gibt es weitere Verbesserungen. So soll beispielsweise ein Zuschlag von zehn Prozent gewährt werden, wenn die Miete aufgrund von Modernisierung gestiegen ist oder eine Behinderung vorliegt. Wer wohnungslos ist, darf eine Wohnung um bis zu 20 Prozent über dem Richtwert anmieten.

Senatorin Elke Breitenbach hierzu: „Bei 132.000 Bedarfsgemeinschaften, also fast der Hälfte der leistungsbeziehenden Haushalte, liegt die Miete über den geltenden Richtwerten. Viele Menschen müssen sich daher ihre Miete buchstäblich vom Munde absparen. Ich bin froh, dass mit der Neuberechnung der Richtwerte die Mieten von rund 86.000 Bedarfsgemeinschaften wieder vollständig



Elke Breitenbach vor dem Jobcenter Pankow

übernommen werden können. Damit haben rund 18.000 Familien mit Kindern und etwa 16.000 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern etwas mehr Spielraum innerhalb ihres knappen Budgets.“



**Sandra Brunner**

# Elisabethaue statt Tegel

➤ **Ein parteipolitisches Gezocke**

Als Konsequenz aus dem Volksentscheid zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegel und der Verhinderung des dort geplanten Wohnquartiers will der Hauptinitiator FDP jetzt als Ersatz schleunigst die Elisabethaue mit vielen Wohnungen bebauen. Ein entsprechender Antrag fand im Abgeordnetenhaus im Oktober die Unterstützung von CDU und AfD. Eine städtebauliche Begründung war von der FDP nicht zu hören.

Stattdessen sucht die FDP bedenkenlos parteipolitischen Gewinn zu generieren. Angesicht der bekannten Differenzen in der rot-rot-grünen Regierung in Bezug auf die Bebauung der Elisabethaue soll Zwietracht in der Koalition gesät werden. Das wird mit der marktapologetischen Phrase drapiert,

nur Neubau helfe gegen steigende Preise.

Egal, wenn die Realität das Gegenteil zeigt. Die CDU steigt in dieses parteipolitische Machtspiel ein. Was schert es ihre Abgeordneten, dass die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow den Bürger-Antrag „Landschaftsschutz für die Felder der Elisabethaue“ unterstützt.

DIE LINKE und rot-rot-grün auf Landes- und Bezirksebene sollten sich auf diese sachfremden parteipolitischen Machtspielchen um Neubaulzahlen nicht einlassen. Dem ist mit einer verantwortungsvollen nachhal-



Die Elisabethaue

tigen Stadtentwicklungspolitik zu begegnen, die die Fragen beantwortet, wo die Stadt welche Wohnungen zu welchen Kosten und Preisen und in welcher Trägerschaft braucht und dann für deren Errichtung Sorge trägt.



**Michail Nelken**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Mehr Mieterschutz

## > Kostenlose Rechtsberatung

Rot-Rot-Grün in Berlin setzt im Doppelhaushalt 2018/19 Schwerpunkte beim Wohnungsneubau, bei der Genossenschaftsförderung und beim Mieterschutz. Die Wohnungsbauprämie für die Bezirke wird auf 7,5 Millionen Euro jährlich erhöht, damit sie Wohnungsbauanträge schneller bewältigen können. Die Förderung von Genossenschaften wird nochmals mit zehn Millionen Euro verstärkt. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Einrichtung von gebührenfreien Mieterberatungen. Zukünftig soll jeder Bezirk 100.000 Euro erhalten, um Mieter\*innen zu unterstützen.

Daneben sollen Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes durch Kooperationen mit Mieterverbänden kostenlosen Rechtsschutz bekommen, um sich notfalls auch gerichtlich gegen unberechtigte Mieterhöhungen wehren zu können. Dafür stehen ab 2018 jährlich jeweils 500.000 Euro zur Verfügung. Eine Schlichtungsstelle soll bei Modernisierungsmaßnahmen durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften Konflikte zwischen Mieter\*innen und Vermietern lösen. Sanierungsmaßnahmen werden künftig in Bezug auf die zu erwartende Energieeinsparung auf Glaubhaftigkeit überprüft.



## BÜRGERBÜRO

**Carola Bluhm – Katrin Seidel –  
Udo Wolf**

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77

# Kinderarmut bekämpfen

## > Berlin: Hauptstadt der armen Kinder

Ein Drittel aller Berliner Kinder und Jugendlichen wächst in einer Familie auf, die auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen ist. Damit liegt die Hauptstadt weit über dem Bundesdurchschnitt von 14,7 Prozent. Armut betrifft aber auch

und frühe Bildung als entscheidenden Grundstein für bessere Zukunftschancen. So wird die Kita ab 2018 komplett gebührenfrei. Alle Kinder haben - ohne Bedarfsprüfung - ein Recht auf sieben Stunden Kitaförderung. Die Mittel für



Lessinggrundschule

jene, deren Einkommen nur knapp zu hoch ist, um den Berlinpass beanspruchen zu können. Der Berlinpass bietet vergünstigten Eintritt und ein preiswertes BVG-Sozialticket.

Auch bei den armutsgefährdeten Minderjährigen ist Berlin mit 22,7 Prozent Spitzenreiter. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens verfügt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Familien mit mehr als drei Kindern und mit Migrationshintergrund.

Kinder können sich nicht eigenständig aus der Armut befreien. Je länger ein Kind im Mangel lebt, desto schlechter sind die Chancen für eine gute persönliche und schulische Entwicklung sowie für ein zukünftiges selbstbestimmtes Leben. Armut heißt vor allem Verzicht auf soziale und kulturelle Aktivitäten. Es fehlt Selbstverständliches wie Platz in der Wohnung, ein Kinobesuch, der Internetanschluss, eine Waschmaschine im Haushalt oder ein kleiner Urlaub. Kinder haben aber ein Recht auf kulturelle und soziale Teilhabe, Bildung und gesundes Aufwachsen. Trotz rückschrittlicher Familien- und Sozialpolitik im Bund nutzt das Land Berlin die Möglichkeiten, diese Teilhabe auszubauen. Rot-Rot-Grün in Berlin setzt auf gute

Erholungsreisen und Ferienfreizeiten werden erheblich aufgestockt. Es wird mehr Familienzentren geben und weniger Bürokratie beim Zugang zu Hilfen. Ein Härtefallfonds gewährleistet, dass alle Schulkinder Mittag essen können. Viele weitere Maßnahmen sind geplant.

Was arme Familien brauchen, ist eine diskriminierungsfreie Unterstützungslandschaft und die können wir bauen. Eine Gratiskultur, ein Kinderprivileg für alle, wäre die große Lösung.

**Katrin Seidel**

Mitglied des Abgeordnetenhauses

**SPRECHSTUNDE**  
mit **Katrin Seidel**



jeden 1. Dienstag im Monat  
im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf  
Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin,  
post@katrinmoeller.berlin

# Die Zivilgesellschaft im Visier der AfD

## ➤ R2G stärkt Projekte gegen Rechts

Die rot-rot-grüne Koalition (R2G) in Berlin stockt das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie erheblich auf. Leider ist das nötig. Die Beratungs- und Registerstelle verzeichnen einen erschreckenden Anstieg rechter Gewalt.

Die Opfer kämpfen oft mit erheblichen körperlichen und psychischen Folgen. Sie sind auf kompetente Beratungsstellen angewiesen, die für den menschenverachtenden Hintergrund sensibilisiert sind.

Nach Willen der AfD sollen diese nun eingestampft werden. Auch andere Initiativen, die über das Landesprogramm gefördert werden, geraten ins Visier. Beispielsweise die Roma-Selbstorganisation Amaro Foro, das jüdische Forum, das antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum und das Anne Frank Zentrum.

Der AfD scheint die gesamte Zivilgesellschaft verdächtig, wenn sie sich für eine offene Gesellschaft einsetzt. Das geht aus der schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Thorsten Weiß „Linksextremistische Netzwerke in Berlin“ hervor.



Protest gegen den Einzug der AfD in den Bundestag vor dem Brandenburger Tor

Darin nahm er 43 Organisationen aus Kultur und Bildung ins Fadenkreuz und wollte sie und ihre Kontakte durchleuchten. Darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeiterwohlfahrt.

Zuletzt wollte die AfD Theatern, deren Intendanten sich antifaschistisch geäußert hatten, die finanzielle Grundlage entziehen. Unter dem Deckmantel „Linksextremismus“ wird die freie pluralistische Stadtgesellschaft angegrif-

fen, und alle die sich für ihren Erhalt einsetzen.

Dabei ist Berlin gerade angesichts des Rechtsrucks angewiesen auf zivilgesellschaftliches Engagement gegen Ausgrenzung und für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.



**Anne Helm**

Mitglied des Abgeordnetenhauses

## ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**23. November • 19:30 Uhr Treffen der BO**  
Valentin, Kuka, Saarbrücker Straße 24, Gäste:  
Dr. Michail Nelken (MdA) und Bordfeld (Bezirksverordneter) zur Stadtentwicklung

**25. November • 10 Uhr 6. Landesparteitag**  
DIE LINKE. Berlin, WISTA-Veranstaltungsgelände  
Adlershof, Rudower Chaussee 17, (S Adlershof)

**27. November • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion**  
in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**28. November • 10 Uhr Vortrag/Diskussion**  
„Friedrich Wolf – Ein Rundfunkpionier“, Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus und Helle Panke, Kleine Alexanderstraße 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

**4. Dezember • 18 Uhr Basistag DIE LINKE.**  
Pankow, Rosa-Luxemburg-Saal, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

**11. Dezember • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion**  
in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**8. Januar 2018 • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion**  
in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**14. Januar 2018 • 10 Uhr Gedenken an die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg**,  
Friedhof der Sozialisten (S Lichtenberg)

**15. Januar 2018 • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion**  
in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

**17. Januar 2018 • 17:30 Uhr 12. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow**,  
Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal (S Prenzlauer Allee)

**22. Januar 2018 • 18 Uhr Basistag DIE LINKE.**  
Pankow, Rosa-Luxemburg-Saal, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (U Rosa-Luxemburg-Platz)

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin  
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der BVV Pankow**

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de



# Jamaika, Apfelsaft und Silberkorn

In der bunten Zeit des Jahres kam der Auftrag zum neuen Stammtisch. Es ist nicht nur das bunte Herbstlaub an den Linden, dem Ahorn und den vielen von den Stürmen verschonten Laubbäumen, die die Stimmung positiv beeinflussen. Sondern auch die guten Wahlergebnisse. Wäre da nicht der Versuch bekannter Politiker, eine neue Regierung für Deutschland zu zimmern. So viel Zeitverschwendung.

Aber der Reihe nach: Es war ja ein Stammtisch am bekannten Ort. Wir begannen natürlich wie immer mit einer Aufmunterung. Lena hatte geschälte Apfelsinen mit Obstler angereichert. Wir merkten erst im Mund Geschmack und Wirkung. „Die Nachrichten kann ich kaum noch ertragen und das Verfolgen ist kaum möglich“, so Manfred. „In der ersten Etappe stellte sich ja die Jamaika-Koalition mit Maximalprogrammen vor. Wie aufgeblasen wurden jene Positionen genannt, die für das eigene

Mitregieren unverzichtbar wären. Na gute Nacht, wie soll dann eine Regierung geschaffen werden?“

Anna setzte fort: „Diese Etappe ist schon überholt. Was als unverzichtbare Aufgabe verkündet wird, erfüllt mich mit Grausen. Die Grünen haben als einen ersten Fakt die Beibehaltung der Sanktionen gegen Russland genannt. Und inzwischen weitere Regierungsaufgaben über Bord geworfen. Ja, das Regieren ist süß. Ich verstehe die Jamaika-Verhandlungen als nichts anderes als einen Jahrmarkt der Eitelkeiten und als eine Kugelrunde für eine unsoziale Weiter-So-Politik. Die eilfertige Beerdigung der Vermögenssteuer zeigt, dass die Grünen sich als Umfallpartei entwickeln will. Nichts Neues.“

Klaus: „Bisher festigt sich der Eindruck, dass eine soziale Friedenspolitik mit diesen Kandidaten nicht erreicht werden wird. Was dann? Neu-

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
 Bezirksvorstand Berlin Pankow  
 Fennstraße 2, 13347 Berlin  
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch

Redaktionsschluß: 8. November 2017  
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin  
 Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 26. Januar 2018.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Sandra Kaliga, Matthias Zarbock, Michael van der Meer, DIG, Hartmut Seefeld, Diana Buhe, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Katina Schubert, Peter Lämmer, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!  
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin  
 IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03  
 BIC: DEUTDEDB110  
 Bank: Berliner Bank  
 Verwendungszweck: 505 - 810

wahlen?“ Zum Abschluss ein Apfelsaft mit einem Silberkorn.

**Klaus Flemming**

## SUDOKU leicht Vitamine für's Gehirn schwer

	4			7		8		
	2	3		5		4		
8	7	9	2	1				
		1	7				3	
		2	8		5		9	
	5	8				2	6	
3							8	2
5		7	1		2		4	3
	9	4			3		1	5

			7				6	3	
5		3							
9			5				7		
8		7							
				9			4		
				4			7	3	6
	2		4		8				1
			9		6		8		4
	1		3						

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.